

durch. Und Fink ist dem Kanzler noch in unguter Erinnerung. Der Geißler-Mann hatte einst im Adenauer-Haus als Geschäftsführer gedient und war Kohl häufig mit Widerworten begegnet. Das hat Helmut Kohl nicht so gerne.

Auch Geißlers „alter Freund“ Pieroth mußte auf seinem 20jährigen, mühseligen Marsch durch die schwarzen Institutionen die Sonne seines Vorsitzenden entbehren. Im Jahre 1967 hatte der damals 32jährige noch als Wahlkampfmanager des rheinland-pfälzischen CDU-Landesvorsitzenden Kohl für frischen Wind im Land der Reben und Retorten gesorgt. Weltmann Pieroth brachte den biedereren Oggersheimer dazu, wie der damalige New Yorker Bürgermeister John Lindsay an Haustüren und auf Straßen um Stimmen zu werben – Canvassing, zu jener Zeit etwas unheimlich Progressives. Der Dank des Pfälzers blieb aus. Einer, der beide gut kennt, heute: „Der Pieroth war dem Kohl zu unabhängig, im Kopf und in der Brieftasche.“

Danach begann der Leidensweg des Elmar Pieroth, der so gerne in der großen Politik Karriere gemacht hätte. Weit ab von der schützenden Hand Kohls, rutschte er bei der Bundestagswahl 1969 auf dem letzten Platz der heimischen Landesliste gerade noch so ins Bonner Parlament. Damals entwickelte er sein Vermögensbildungskonzept. Es blieb eine Trockenübung in der Opposition. Pieroth gewann Profil, aber keinen Einfluß.

Nach der Bundestagswahl 1976 wurde ihm endlich Ehre zuteil. Er wurde Vorsitzender des Arbeitskreises „Wirtschaft und Ernährung“ der Fraktion – freilich nur für drei Tage. Denn sein Mandat fiel just in jene knappe Woche der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU aufgrund des Kreuther Beschlusses der Strauß-Partei. Vier Jahre später schien der Durchbruch des ehrgeizigen Schwarzen gelungen. Im Juni 1980 übernahm er den Wirtschaftsausschuß des Bundestages von Kurt Biedenkopf. Im Herbst war wieder alles vorbei. Kohl hatte den Job an die CSU vergeben. Der Ökonom tröstete sich mit Entwicklungspolitik. Die Zeit des Frustes endete erst im Juni 1981. Der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, engagierte ihn als Wirtschaftsminister.

In diesem Amt erwarb sich Pieroth den Ruf, der ihn jetzt in Geißlers Raster als idealen Spitzenmann für den Mittelstand auswies: Erfolgreich beim Anwerben neuer Betriebe für Berlin, durch seine Vermögensbildungsideen auch als sozial-sensibel ausgewiesen, gilt der Senator inzwischen als einer der wenigen kompetenten Wirtschaftspolitiker der Partei Ludwig Erhards. Ihm hat Geißler eine schwierige Rolle zugeordnet. Pieroth soll jene kleinen und mittleren Unternehmer bei der schwarzen Stange halten, die der Union anlasten, „daß mit der Wende nicht plötzlich mehr Geld in der Kasse war“ (Pieroth).

Viele aus diesen Kreisen sind inzwischen zur FDP übergelaufen, üben



Designer CDA-Chef Fink: Köder für SPD-Wähler

Stimmhaltung oder sammeln sich in meist rechtsgewirkten Zirkeln. Pieroth sieht das: „Die ganze Vereinigung könnte eines Tages ins Lager der Poujadisten abdriften. Unsere Mitglieder sind nicht von Natur aus in der Mitte.“

Dort, in jener ominösen Mitte des Wählerspektrums, wo auch enttäuschte SPD-Anhänger zu Hause sind, wähnt Geißler üppige Jagdgründe für die Union. Mit Blüm in NRW, mit Fink demnächst an der CDA-Spitze, mit Rita Süsmuth als Oberfrau hofft Geißler verlockende Köder für Überläufer ausgelegt zu haben.

Vom Unternehmer Pieroth fordert er einen Spagat: Konflikte mit dem Arbeitnehmerflügel – für mittelstandsfreundliche Steuerentlastungen, gegen zu großzügige Sozialleistungen – sollen den Un-

ternehmern die Furcht vor einem ungebremsten Linksruck der Union nehmen. Zugleich müssen sich aber die Streitereien in Grenzen halten, damit potentielle Wechsler nicht durch rechte Drohgebärden abgeschreckt werden.

Zum Test für diese Balance-Politik könnte der Streit um die Verlängerung der Vorruhestandsregelung über den beschlossenen Auslauftermin 1988 hinaus werden. Blüm und die Sozialausschüsse machen sich für eine Verlängerung bis in die 90er Jahre hinein stark. Pieroth tönte bereits als neuer Mittelstandslobbyist: „Wenn wir Sozialgesetze mit einem Auslauftermin einführen, dann müssen wir uns auch daran halten.“

Sollte sich das Gerangel zum handfesten Krach – auch mit Gewerkschaften – ausweiten, dann kennt Geißler bereits eine besondere Schlichtungsstelle: Berlin. Dort sitzen die beiden Kontrahenten Pieroth und Fink schließlich am gemeinsamen Senatstisch.

FORSCHUNG

Endgültig Schluß

Bonn baut bei seinen Forschungseinrichtungen ab – die Milliardenförderungen haben wenig gebracht.

Auf den Gängen vor dem Sitzungszimmer des Unternehmens in Frankfurt-Niederrad stapelten sich die Umzugskartons. Eine Gruppe von Mitarbeitern zog gerade in neue Büroräume um.

Drinne hinter der Tür des Konferenzraums aber wurde über den endgültigen Auszug abgestimmt. Der Geschäftsbetrieb der Gesellschaft für Information und Dokumentation mbH (GID), so die Vorlage für die Aufsichtsratssitzung, soll zum Jahresende eingestellt werden.

Die Firma, die da liquidiert wird, ist keine GmbH wie jede andere. Gesellschafter ist mit 65 Prozent die Bundesrepublik Deutschland, für den Rest zeichnen die Länder. Gegen die Stimmen der beiden Arbeitnehmer-Vertreter stimmten die Aufsichtsratsmitglieder für die Liquidation. Mit dem Votum solle „eindeutig für alle klar sein“, erklärte einer der Aufseher vom Bund, „daß jetzt endgültig Schluß ist“.

Der Schlußstrich ist ein politisches Signal. Zum erstenmal geben die Beamten des Bonner Forschungsministeriums eines ihrer liebsten Spielzeuge auf, eine der von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen.

Zu den mit Milliarden-Summen geförderten Projekten gehören so umstrittene „Großforschungseinrichtungen“ wie die Atomforschungszentren Karlsruhe und Jülich, aber auch die in der sogenannten Blauen Liste erfaßten kleineren Gesellschaften wie das Primatenzentrum in Göttingen und die GID.

Die wachsende Kritik an den oft ins Blaue hinein forschenden Institutionen

hatte Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) 1983 veranlaßt, in der Forschungspolitik auf neuen Kurs zu gehen. Die öffentlich finanzierten Gesellschaften sollen, soweit möglich, privaten Investoren übergeben werden.

Den Anfang machte Riesenhuber freilich nicht mit einer der machtvoll von der Industrie-Lobby gestützten, milliardenverschlingenden Forschungseinrichtungen. Die zur Liquidation verurteilte GID ist mit 250 Mitarbeitern und rund 25 Millionen Mark Jahresetat das wohl schwächste Mitglied auf der Liste.

Die Gründung der GID (1977) war Teil eines großangelegten Programms, mit dem die sozialliberale Regierung die westdeutsche Informations- und Datentechnik auf Weltniveau hinauffördern wollte. In Datenbanken sollte von der Chemie bis zur Literatur alles Wissenswerte gespeichert werden, teils elektronisch, teils herkömmlich auf Papier. Die GID sollte beim Aufbau dieser Datenbanken helfen.

Doch die GID lieferte letztlich nur Beweise für die Unfähigkeit der Ministerialbürokratie, staatliche Forschungsprojekte sinnvoll durchzuführen. Es begann damit, daß der Bonner Ministerialdirigent Hans Donth, Aufsichtsratschef der GID, drei Jahre lang keinen wissenschaftlichen Leiter für das Unternehmen fand. Der Kölner Betriebswirtschafts-Professor Norbert Szyperski, der für den Posten vorgesehen war, hatte unerwartet abgesagt. Der Professor hatte sich sehr für die GID engagiert und das Konzept mitentwickelt.

Die schnellebige Informatik-Branche entwickelte sich derweil rapide weiter. Privatfirmen, insbesondere aus den USA, erschienen mit eigenen Fach-Datenbanken auf dem Markt. Kleine und preiswerte Personal-Computer standen

immer häufiger auf den Schreibtischen von Wissenschaftlern und Managern. Das Konzept der zentralen Groß-Computer mit nur wenig Nutzern, an dem die GID-Forschung sich orientierte, geriet außer Mode.

In der GID, die aus fünf schon vorher bestehenden Institutionen zusammengebaut worden war, regierten derweil die Abteilungschefs ihre Bereiche – so ein Mitarbeiter – „wie kleine Kurfürsten“. An Zusammenarbeit schien niemand interessiert.

Der wissenschaftliche Geschäftsführer, den der Forschungsminister schließlich gefunden hatte, war ein harmoniebedürftiger Geisteswissenschaftler. Ministerialbeamte aus Bonn mischten sich ständig über seinen Kopf hinweg in die Forschungsarbeit ein. Mitarbeiter bekamen unmittelbar aus Bonn Direktiven – freilich gewöhnlich mit ständig anderen, widersprüchlichen Vorgaben.

Der Wissenschaftsrat, ein Gutachtergremium von Bund und Ländern, lieferte 1984 eine vernichtende Kritik an den Leistungen der GID ab. Die Forscher würden überwiegend „überholten Fragestellungen“ nachgehen, verfügten über nur „mangelnde Kompetenz“, ihre Arbeiten fänden „keine zureichende Akzeptanz“ bei den Fach-Informationszentren.

Die Gutachter empfahlen, die GID neu zu organisieren. Doch die Forschungspolitik hatten inzwischen die Wende zur Privatisierung beschlossen. Die Forschungsfirma sollte nicht mehr gefördert werden.

Selbst bei der Auflösung der Forschungsstätte beweisen die Ministerialbeamten noch ihre Mißmanagement-Talente. Ein Teil der GID, der Beratungen und Dienstleistungen für Datenbank-Anbieter macht, wird einer privaten Gesellschaft für elektronische Medien (GEM) angegliedert. Über die Folgen war sich in Bonn offenbar niemand im klaren.

So ist noch völlig ungewiß, wie die öffentlich-rechtlichen Rentenansprüche der GID-Mitglieder in der privatwirtschaftlichen Organisation gesichert werden sollen. Zunächst einmal hat Bonn den GEM-Gesellschaftern Geldhilfen bis zu einer Höhe von 24 Millionen Mark zugesichert, damit die Firma die GID-Mitarbeiter überhaupt einstellt. GEM-Gesellschafter sind das Düsseldorfer „Handelsblatt“, der Wissenschaftsverlag Springer in Heidelberg und eine Berliner Satzrechenfirma.



Forschungsminister Riesenhuber*
Blaue Liste für private Investoren

Der in Forschung und Entwicklung tätige Teil der GID-Mitarbeiter soll nach den Plänen der Bonner Beamten in eine andere öffentliche Großforschungseinrichtung integriert werden, die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung (GMD). Auch dabei leisteten sie sich, so GID-Betriebsrat Peter Bausch, „in unseren Augen einen Riesenfehler“.

Der vom Ministerium für die Abwicklung eingesetzte kaufmännische GID-Geschäftsführer bestritt das rechtmäßige Zustandekommen einer arbeitsgerichtlichen Einigungsstelle, die über den Sozialplan für die Umsetzung von Heidelberger GID-Forschern in ein Darmstädter GMD-Institut entscheiden sollte. Der Arbeitgebervertreter erschien deshalb nicht zur Verhandlung, und so verabschiedete der Mannheimer Arbeitsgerichtsdirektor Wolfgang Albrecht unwidersprochen für die GID-Mitarbeiter äußerst vorteilhafte Abfindungen und Übergangsregelungen.

Verzweifelt versucht die GID-Geschäftsführung nun, den Sozialplan wieder aus der Welt zu schaffen. Die großzügige Regelung könnte ja Maßstäbe für weitere Fälle setzen, in denen der Bund Forschungseinrichtungen privatisieren möchte.

Weil sie bei den vielen Umzügen einzelner GID-Institute offenbar den Überblick verloren hat, passierte der GID-Führung gleich noch ein weiteres Mißgeschick. Kürzlich waren drei Mitarbeiter in die Außenstelle Seeheim bei Frankfurt versetzt worden. Damit erreichte die Zahl der Belegschaft die kritische Grenze von 21 Beschäftigten, bei der ein eigener Betriebsrat gegründet werden kann.

Die Mitarbeiter nutzten sofort die Chance: Seither, freut sich ein GID-Wissenschaftler, „haben die drei Betriebsräte am Hals“.

* Mit einem 4-Megabit-Chip.



GID-Planer Szyperski
Direktorenposten abgelehnt